

Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass auch der Verteidigungshaushalt nicht geschont werden kann, wenn unser Land sparen muss. Es ist aber wenig überzeugend, über Nacht ein Sparangebot von einer Milliarde Euro zu machen, ohne ein durchdachtes Konzept vorzulegen. Das Finanzministerium wird dieses Angebot als unterste Grenze für weitere Kürzungen betrachten.

Die nationale Umsteuerung auf eine Berufsarmee unter Aufgabe der Wehrpflicht ist kein betriebswirtschaftlicher Vorgang, sondern verlangt Sensibilität und muss gesellschaftspolitische Faktoren berücksichtigen. Wer angesichts des bei den Bürgern ungeliebten Afghanistan-Einsatzes die Wehrpflicht als Konsequenz von Einsparungen aufgibt, kappt unwiderruflich ein wichtiges Band zwischen Armee und Bevölkerung.

Außerdem kann ein tiefer Eingriff in die Bundeswehr nicht im nationalen Alleingang erfolgen. Die Bundesregierung muss der Öffentlichkeit verdeutlichen, nach welchen politischen Kriterien Umfang und Struktur der deutschen Streitkräfte ausgerichtet werden – dies nach dem Grundsatz, wonach es Kernaufgabe jedes Staates ist, innere und äußere Sicherheit zu gewährleisten: Diese Kriterien müssen also Sicherheitsinteressen genügen, das politische Gewicht Deutschlands in Europa spiegeln und sich damit auch in Relation zu unseren

## Außenansicht

# Erst denken, dann sparen

Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg muss klären, welche Aufgaben die Bundeswehr künftig übernehmen soll

Von Ulrich Weisser

wichtigsten Partnern Frankreich, Großbritannien, Italien und Polen sehen. Frankreich und Großbritannien geben – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – fast doppelt so viel für ihre Streitkräfte aus wie Deutschland. Für Deutschland war der Personalumfang der französischen Streitkräfte immer eine wichtige Orientierungsmarke: Frankreich steuert auf 225 000 Soldaten zu und will diesen Umfang halten. Wir müssen außerdem historisch bedingte Bedrohungsängste unserer Nachbarn berücksichtigen, die solidarische Teilhabe Deutschlands an den Aufgaben der europäischen Streitkräfte in der Nato und in der EU ermöglichen und schließlich auch der zu erwartenden Entwicklung bei Personal und Geld Rechnung tragen. Der Verteidigungsminister hat jedoch die Parole ausgegeben, dass die Kassenlage entschei-

dend für die Entwicklung der Bundeswehr sein soll – in Neudeutsch von „design to mission“ zu „design to budget“.

Es ist unstrittig, dass Material für den Einsatz Vorrang haben muss; die Truppe braucht ein verzugslos übermitteltes, weitreichendes Lagebild, damit schon im Ansatz erkannt wird, mit welchen gegnerischen Kräften zu rechnen ist. Dafür gibt es heute leistungsstarke Drohnen, die allerdings für unsere Truppe nur in völlig unzureichender Zahl verfügbar sind. Das Konzept „Infanterist der Zukunft“ verbindet optimal alle technischen Möglichkeiten von Aufklärung, Kommunikation und Bewaffnung im asymmetrischen Gefecht. Aber diese Ausstattung ist teuer. Eklatant sind die Defizite bei Hubschraubern. Die fast zwanzigjährige Beschaffungsgeschichte des

Kampf- und Unterstützungshubschraubers „Tiger“ offenbart die ganze Tragödie dieses Vorhabens. Ähnlich desaströs ist die Geschichte des Transporthubschraubers. Es gibt bei der Bundeswehr erhebliche Effizienzreserven und Rüstungsprojekte minderer Priorität. Es gilt also die richtige Balance zu finden zwischen der Finanzierung der teuren Auslandseinsätze und der Einführung der dafür benötigten modernen Ausrüstung einerseits und Einsparungen bei anderen Investitionen und Personal andererseits.

Klar ist aber auch, dass weit mehr Sparpotentiale zu heben sind, wenn sich die europäischen Staaten endlich entscheiden würden, für ihre Streitkräfte ein System sich gegenseitig ergänzender Fähigkeiten zu schaffen. Es wird seit Jahren in Europa viel Geld vergeudet, weil teure Waffensysteme wie Fregatten, Jagdflugzeuge oder Kampfpanzer nebeneinander her entwickelt und dann in viel zu kleinen Stückzahlen unwirtschaftlich produziert werden. Außerdem frönt fast jeder Staat der überkommenen Vorstellung, national über das ganze Spektrum von Land-, Luft- und Seestreitkräften verfügen zu müssen. Dazu nur drei Beispiele: Wozu braucht Tschechien eine eigene Luftverteidigung, wenn Deutschland eine solche Aufgabe ohne Mehraufwand übernehmen könnte? Warum werden nicht die klein gewordenen U-Bootverbände aller Nordseeanrainer in einem Verband zusammengefasst? Warum wird

kein europäisches Lufttransportkommando geschaffen, in dem alle Transportflugzeuge der europäischen Staaten zusammengefasst werden, um dann als Dienstleistung abrufbar zu sein?

Angesichts des europaweiten Sparzwangs ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, eine kraftvolle Initiative zu starten, um die europäischen Verteidigungsanstrengungen zu bündeln. Es gilt, dringende Einvernehmen in Europa zur Frage herzustellen, was auf uns zukommt, wovon künftige Stabilität und Sicherheit bedroht werden. Daraus sind die Aufgaben europäischer Streitkräfte abzuleiten. Aufgaben, die auf europäischer Ebene besser und kostengünstiger zu lösen sind, müssen von den Nationen abgegeben werden. Wenn Deutschland an der Ausstattung der europäischen Streitkräfte teilhaben und Partner mit Wehrmate-

rial beliefern will, muss unser Land über entsprechende industrielle Fähigkeiten verfügen. Allerdings ist das Vertrauen in die Industrie als Folge exorbitanter Zeit- und Kostenüberschreitungen schwer beschädigt. Die unsägliche Wechselwirkung zwischen Militär, Beschaffungsbürokratie und Industrie ist nicht auf Deutschland beschränkt und gehört auf den europäischen Prüfstand.

Die Ausstattung muss gemeinsam beschafft und finanziert werden. Verstärkte Integration und gegenseitige Abhängigkeit wird allerdings nur zu erreichen sein, wenn unsere Partner sicher sein können, dass Deutschland beim Einsatz der Streitkräfte nicht aus der gemeinsamen Willensbildung ausschert. Wenn sich allerdings die Hauptstädte die Möglichkeit erhalten wollen, auf nationaler Basis zu entscheiden, ob und mit welchem militärischen Beitrag sie ihre Solidarität in der Krise untermauern wollen, dann müssen sie diese Option teuer bezahlen.

Deutschland gilt in der Nato und in der EU als unsicherer Kantonist – wegen der Einsatzbeschränkungen in Afghanistan und wegen des immer wieder erhärteten Verdachts, beim Einsatz von Militär andere Kriterien anzulegen als die Verbündeten. Die Bundesregierung könnte gerade jetzt zeigen, dass Deutschland in der Lage ist, die Führung bei einer raschen und weitreichenden Integration der Streitkräfte zu übernehmen.



Ulrich Weisser war Vizeadmiral der Bundeswehr und bis 1998 Leiter des Planungsstabes im Verteidigungsministerium. Als Autor beschäftigt er sich mit Fragen der Sicherheitspolitik.  
Foto: S. Worringer

Ka  
be  
die  
ist  
sel  
erl  
tu  
als  
sel  
lar  
für  
eir  
Inv

Sp  
die  
sel  
eir  
Fä  
rer  
teu  
Ja,  
eir  
zu  
pr  
jec  
lur  
vo:  
ve:  
sp:  
eig  
lar  
wa  
de:  
ve:  
Ve